Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf · Nr 329 · B 162 MITTWOCH, 15. JULI 1931 ABEND-AUSGABE · V

Herabsetzung der Notendeckung

Von 40 auf 30 Prozent

Das Direktorium der Reichsbank hat heute über die Maßnahmen beraten, die zur Ueberwindung der Bargeldknappheit getroffen werden sollen. Gleichzeitig beriet in der Reichskanzlei der engere Ausschuß des Reichskabinetts über die Notverordnung, betreffend den Devisenverkehr. Auf Grund dieser Beratungen sind heute noch folgende Maßnahmen zu erwarten:

1. **Herabsetzung der Deckungsgrenze für die Reichsbanknoten von 40 auf 30 v. H., d. h. auf den Deckungssatz, der in den meisten Ländern, vor allem auch in England, für Banknoten gilt. Dadurch ist eine Vermehrung des Notenbestandes um eine Milliarde Reichsmark möglich. Zugleich mit dieser Maßnahme treten die Vorschriften des Reichsbankgesetzes in Kraft, wonach die Reichsbank für die Dauer der Deckungsherabsetzung eine Notensteuer an das Reich zahlen und den Reichsbankdiskont hinaufsetzen muß, so daß eine wesentliche Zinsverteuerung eintreten wird.**

2. **Durch Notverordnung wird an Stelle der Bankfeiertage zunächst ein teilweiser Zahlungsaufschub für Banken gegenüber den Kontoinhabern eintreten. Unter Einschaltung besonderer Prüfungsinstanzen, eventuell der Handelskammern oder ähnlicher Instanzen, werden Abhebungen von den Konten auf ihre wirtschaftliche Notwendigkeit nachgeprüft werden, wobei die Durchführung von Lohn- und Gehaltszahlungen ermöglicht werden soll, während die Abhebungen von Privatkonten nicht im vollen Umfang, sondern nach Prozenten des Kontobestandes erfolgen sollen.**

Dieser allmähliche Abbau des Bankfeiertages wird ergänzt durch eine Devisenordnung, die unter Einsetzung eines Devisenkommissars Vorschriften für die Verwertung der im Inlande vorhandenen Devisenbestände enthalten und Auszahlungen an das Ausland von der Genehmigung des Devisenkommissars abhängig machen wird.

Nach dieser Maßnahme des Reichsbankdirektoriums und der Reichsregierung wird morgen die Oeffnung der Bankschalter wieder erfolgen.

*

Die angekündigten Maßnahmen in der Form von Notverordnungen sind lange nicht so einschneidend wie unter dem ersten Eindruck der Schalterschließung bei der Danat-Bank vorausgesetzt wurde. Die Regierung glaubt, ohne außerordentliche Mittel der Geldfrische Herr werden und einen allmählichen Abbau des Bankfeiertages durchführen zu können, so daß in verhältnismäßig kurzer Frist der normale Geldverkehr wiederaufgenommen werden kann. Auf die Ausgabe von Rentenmark und anderen Kassenscheinen hat die Regierung verzichtet, weil sie die Möglichkeit hat, durch Herabsetzung der Deckungsgrenze den Notenumlauf ohne inflatorischen Beigeschmack so steigern zu können, daß der dringendste Bedarf an Bargeld befriedigt werden kann. In der „Vossischen Zeitung" ist auf diesen Weg mehrfach hingewiesen worden. Es ist für die Behauptung der Währung, das heißt für den Wert der Mark, völlig gleichgültig, ob die Golddeckung 40 oder wie in andern Ländern, z. B. in England, nur 30 Prozent beträgt. Die Herabsetzung der Goldgrenze macht es der Reichsbank möglich, etwa eine Milliarde Noten in den Verkehr zu bringen und den Geldumlauf flüssiger zu gestalten.

Auch auf das Moratorium hat die Regierung, wie die Leser der „Vossischen Zeitung" bereits wissen, verzichtet, weil eben ihre ganze Aktion auf Erhaltung des Vertrauens zu Deutschlands Zahlungfähigkeit und Zahlungswilligkeit gerichtet ist. Die Devisenordnung, deren Ausführung in die Hand eines besonderen Kommissars gelegt werden soll, dient nur dem Zweck, inländische Angstkäufe fremder Geldsorten zu verhindern, keineswegs aber den Zinsendienst an das Ausland. Die Verpflichtungen ausländischen Gläubigern gegenüber sollen erfüllt werden.

Daß genügend Bargeld für die Lohn- und Gehaltszahlung bereitgestellt wurde, ist bereits gesagt worden. Daß Abhebungen anderer Art morgen, nach der Wiedereröffnung der Banken, nicht in vollem Umfange befriedigt werden können, versteht sich von selbst. Wenn aber eine Kontingentierung der Abhebungen durch eine Notverordnung erfolgt, so bleibt die Sicherheit der Einlagen und Guthaben selbstverständlich unberührt. Es soll lediglich verhindert werden, daß durch einen Run auf die Geldinstitute die unsinnige Hamsterei von Noten gefördert und das Bargeld noch mehr verknappt wird. In demselben Grade, in dem der Ansturm auf die Kassenschalter nachläßt, wird die Grenze für die Auszahlungen erhöht werden können, bis Einschränkungen völlig überflüssig werden.

Vermittlung Hendersons

Wegen der politischen Forderungen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 15. JULI

Hendersons Besuch in Paris wird als der Beginn eines Vermittlungsversuchs zwischen Frankreich und Deutschland aufgefaßt. Man nimmt an, daß der britische Außenminister einen freundschaftlichen Druck ausüben wird, um die französische Regierung zu einer in der Form langfristiger Kredite finanziellen Hilfe für Deutschland zu bewegen, ohne daß die Gegenforderungen überspannt werden.

Bisher hat Frankreich den Standpunkt eingenommen, daß es klar zum Ausdruck gebracht habe, was es von Berlin erwarte, an Deutschland sei es jetzt, zu handeln. Von welcher Seite man politisch die Einleitung einer finanziellen Hilfsaktion in Angriff nehmen wird, ist abzuwarten.

Die erste politische Aussprache wird heute bei einem Frühstück stattfinden, das Briand seinem englischen Kollegen gibt und an dem auch der französische Ministerpräsident Laval teilnimmt. Die Entscheidung wird wahrscheinlich erst fallen, nachdem man auch mit dem amerikanischen Staatssekretär Stimson Fühlung genommen hat, der heute abend in Paris eintrifft.

Eine interessante Kombination veröffentlicht heute der „New York Herald" in seiner Pariser Ausgabe. Das amerikanische Blatt behauptet, daß die Bemühungen Hendersons sich zunächst auf die Panzerkreuzer-Frage erstrecken werden. Frankreich sei bereit, auf den Bau des geplanten 23 000-Tonnen-Kreuzers zu verzichten unter der Bedingung, daß auch Deutschland den Bau des neuen Panzerkreuzers einstelle. Die französische Regierung soll diesen Vorschlag bereits dem deutschen Botschafter in Paris gemacht haben. Aber es liege noch keine Antwort von der deutschen Regierung vor. (Auf der deutschen Botschaft in Paris ist eine Bestätigung dieser Nachricht nicht zu erlangen.)

Henderson hat heute in Begleitung des Marschalls Lauthey die Kolonialausstellung besichtigt und dort die „Englische Woche" eröffnet. Am Abend nimmt er an einem Diner beim Kolonialminister Reynaud teil. Gleichzeitig wird heute abend mit Stimson auch der frühere amerikanische Staatssekretär Kellogg, der Urheber des Kellogg-Paktes, in Paris eintreffen.

Siehe auch zweite Seite

Moskaus Diagnose

MOSKAU, 15. JULI

Die russische Presse bewahrt gegenüber den deutschen Ereignissen relative Zurückhaltung, obwohl eine propagandistische Auswertung für sie natürlich eine große Versuchung bedeutet. Sie beschränkt sich in der Hauptsache auf Tatsachenberichterstattung, die ja schon an sich beredt genug ist.

In außenpolitischer Hinsicht prophezeit die Sowjetpresse Frankreichs weitere Unzugänglichkeit. Sie sieht infolgedessen eine Ausdehnung der deutschen Kreditkrise für ganz Mitteleuropa voraus. Englands Haltung wird als schwächlich und unsicher geschildert, und Amerikas Eingreifen nennt beispielsweise die „Prawda" eine unzulängliche Kurpfuscherei.

Für Deutschlands innere Entwicklung erwarten die Moskauer Blätter eine beschleunigte Annäherung an das faschistische System. Man glaubt dabei, daß im Verlauf dieser Entwicklung die Kommunistische Partei in Deutschland verboten werden könnte,

Ruhe nach dem Sturm

Als die Berliner am Montag an ihre Arbeit gingen, fanden sie an vielen Straßenecken geschlossene Bankschalter. Am Dienstag begegneten sie dem in ihrer Stadt unerhörten Anblick an jeder Straßenecke. Ueberall wogen während dieser Stunden die Korrespondenten ausländischer Blätter, die ihren Lesern gern etwas Fettes in der Ueberschrift bieten, in unseren Straßen auf Beute gepirscht haben. Sie fanden aber nur Bilder, die sich nicht zu sensationellen Schlagzeilen eignen: kleine Ansammlungen von Menschen vor den Bankfilialen, Leser der Bekanntmachungen, leise Gruppen, stumme Gruppen.

Niemand kann sich dem Druck entziehen, der gerade in dieser Verhaltenheit, in dieser Stille zu spüren ist. Er lastet auf der Stadt, er ist fast mit den Sinnen wahrzunehmen, er beschwert dem Mutigen das Herz, er drückt den Mutlosen nieder.

Aber an diesen zwei Schicksalstagen hat sich auch gezeigt, wie standhaft dieses Berlin ist. Die äußere Ruhe der Stadt und ihres Verkehrs, das Gleichmaß der Tagesarbeit ist nirgends gestört worden. Business as usual, die berühmte Kriegsformel der Engländer, scheint auch zur Berliner Parole geworden zu sein.

Ist es jene Ruhe vor dem Sturm, vor dem alle Kreaturen zittern? Nein, ich möchte diese Erscheinung Ruhe nach dem Sturm nennen. Denn wenn man das Verhalten der Berliner — und in diesem Falle kann Berlin getrost mit Deutschland gleichgesetzt werden — wenn man dieses Verhalten analysiert, so mag man eine Mischung aus vielen Elementen finden. In ihr steckt jene Bismarcksche Lieblingsdoktrin der Wurschtigkeit, die ja nichts anderes bedeutet als den Verzicht auf leere Gesten und hohle Posen, in ihr steckt ein gutes Quentchen Vertrauen zu dem Mann, dem Deutschland seit geraumer Zeit eine geräuschlose Diktatur anvertraut hat, in ihr steckt aber vor allem die Abgebrühtheit des Menschen, der schon viel durchgemacht hat.

Ohne Zweifel wäre dem Vorkriegsbürger schnell die Geduld gerissen, wenn die gewohnte Bequemlichkeit des Geldumlaufs auch nur für eine Stunde gestockt hätte. Wir aber, das Geschlecht, das Krieg und Inflation bestehen mußte, wir leben nach dem Sturm. Wir hatten schon häufig Gelegenheit, am eignen Leibe zu bemerken, daß der Mensch viel mehr aushalten kann, als die Zimperlichen geglaubt haben. Wir wissen, daß wir uns auch nach einer kurz gewordenen Decke strecken können. Diese Erkenntnis festigt die Stimmung des Berliners vor dem geschlossenen Bankschalter, und auch wenn ihm der alpenländische Tonfall fern liegen mag, so spricht er heute mit Ludwig Anzengrubers Steinklopfer-Hans: „Mir kann nix g'scheh'n!"

Doch nicht bloß jene Menschenklasse denkt so, der nun einmal zur Sorge um das Kapital eine wichtige Voraussetzung fehlt, nämlich das Kapital. Zu verlieren hat jeder, und wenn es sich nur um Illusionen handelt. Männlichkeit aber heißt: sich vom drohenden Verlust nicht ducken lassen. Zu beobachten, daß eine ganze Stadt, daß ein ganzes Land männlich geworden ist, das ist das schöne, das ist das aufrichtende Berliner Erlebnis mitten in der Not eines Schicksals, das uns alle so jäh angefallen hat.

Niemand denkt daran, Stimmung und Meinung der Berliner, der Deutschen, schon zu färben. Aber es ist uns so oft in dieser Zeit versichert worden, daß wir historische Tage durchleben. Da soll der Geschichte auch nicht vorenthalten werden, wie das Volk von Berlin sie durchlebt, mit welcher Gelassenheit es eine schwere Daseinsprobe bestanden hat.

Wie ist es nur möglich, diese Gesinnung der Tat mit dem Lärm der Worte vor der Tat in Einklang zu bringen? Seitdem es allen schlecht geht, seitdem alle vom gleichen Zweifel geplagt, von der gleichen Ungewißheit gepeinigt werden, seitdem wirft sich die Bevölkerung einer großen Stadt als eine geschlossene Masse ihrem Fatum entgegen. Hätten wir auf-